

# Absurd und schädlich.

[www.ecopopnein.ch](http://www.ecopopnein.ch)

## ECOPOP! NEIN!

## Im Ausland Verhütung predigen und die Schweiz blockieren.

Am 30. November stimmt die Schweiz über die Initiative «Stopp der Überbevölkerung» des Vereins Ecopop ab. Die Initianten wollen die Zuwanderung mit einer sehr tiefen, absolut starren Quote einschränken. Und sie verlangen, dass die Schweiz 200 Millionen Franken pro Jahr dafür einsetzt, dass Familien in ärmeren Ländern weniger Kinder bekommen. Damit gefährdet die Initiative nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz und unseren Wohlstand. Sie ist auch anmassend gegenüber den Entwicklungsländern und verschwendet Geld, das viel wirksamer eingesetzt werden könnte.

Komitee «Ecopop NEIN», Postfach 6136, 3001 Bern, [info@ecopopnein.ch](mailto:info@ecopopnein.ch)

## Was fordert Ecopop?

Die Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» des Vereins Ecopop verfolgt zwei Ziele. Einerseits will sie in der Schweiz eine starre Zuwanderungsquote einführen: Die ständige Wohnbevölkerung dürfte aufgrund der Zuwanderung noch um maximal 0,2 Prozent pro Jahr wachsen. Nach heutigem Stand wären das rund 16'000 Personen. Mitgezählt würden auch zurückkehrende Auslandschweizer/innen, angeheiratete Ausländer/innen, deren Kinder und Asylsuchende. Internationale Verträge, die dem Initiativtext

widersprechen, sollen innerhalb von vier Jahren neu ausgehandelt oder gekündigt werden. Das zweite Ziel ist der Umbau der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit: 10 Prozent des Gesamtbudgets sollen zwingend für Massnahmen der freiwilligen Familienplanung eingesetzt werden, um die Geburtenrate weltweit zu senken. Konkret müsste die Schweiz jedes Jahr über 200 Millionen Franken für das Verteilen von Verhütungsmitteln und Aufklärungskurse bereitstellen.



Christian Wasserfallen,  
Nationalrat FDP, Bern

« Die Initiative engt unsere KMU und die Industrie massiv ein. Nein zu Ecopop.»



Verena Diener,  
Ständerätin glp, Zürich

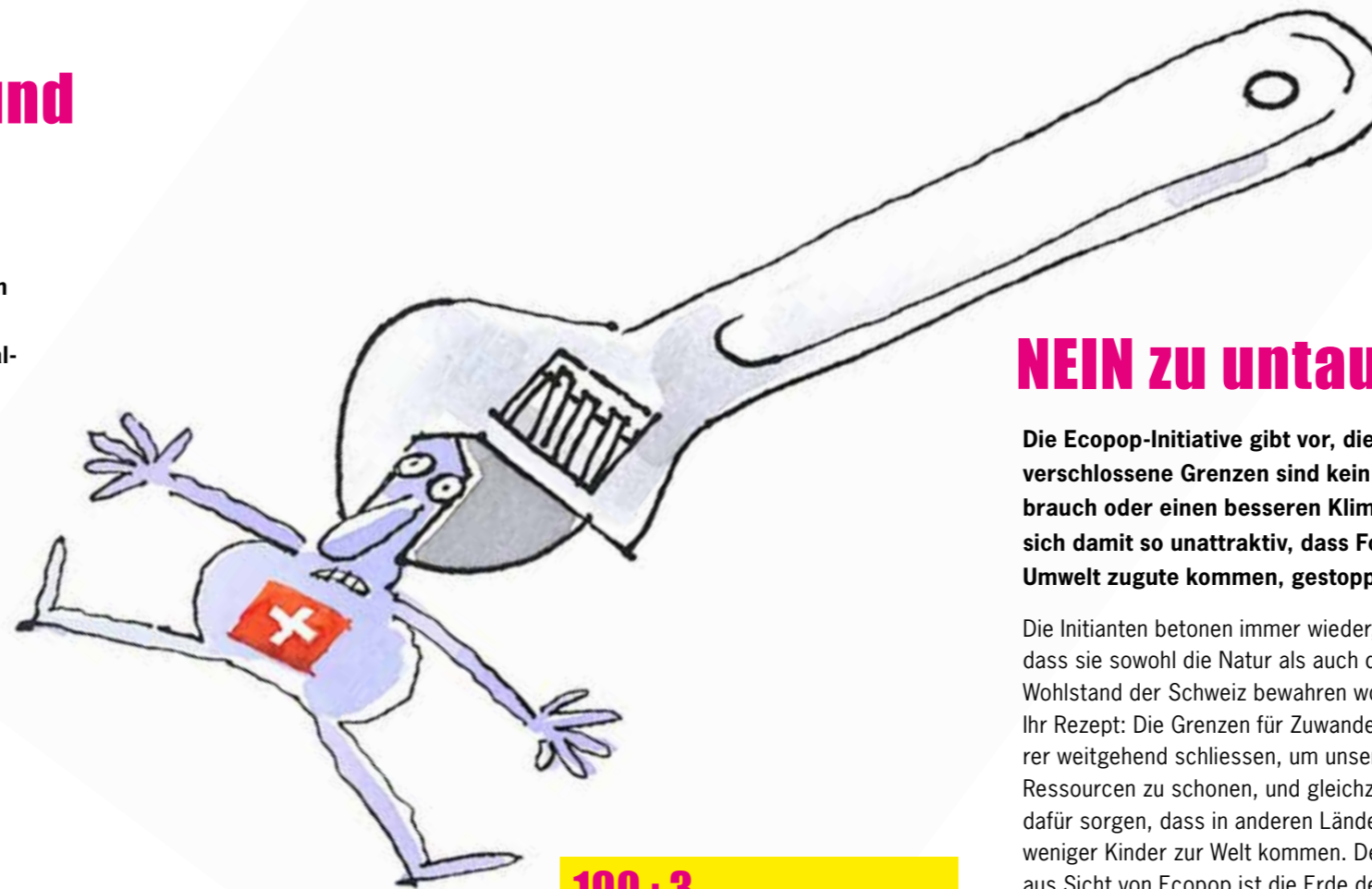
« Ich lehne die Ecopop-Initiative ab, weil sie kein Umweltproblem löst, dafür die Schweiz aussenpolitisch zusätzlich isoliert.»

## NEIN zu einer extrem starren und schädlichen Initiative.

Eine fixe Einwanderungsquote blockiert die Schweiz und nimmt ihr jede Möglichkeit, auf aussergewöhnliche Situationen zu reagieren. Bereits heute fehlen in vielen Branchen gut ausgebildete Fachkräfte. Mit der Initiative würde sich dieses Problem deutlich verschärfen. Ecopop setzt damit die Schweizer Sozialwerke und unseren Wohlstand aufs Spiel.

Rund 8 Millionen Einwohner hat die Schweiz heute, und ihre Geburtenrate ist sehr tief. Solange wir immer älter werden, schrumpft die Bevölkerung zwar noch nicht – aber der Anteil der Menschen über 65 wird Jahr für Jahr grösser. Das hat zur Folge, dass jedes Jahr mehr Menschen pensioniert werden als neue in die Arbeitswelt einsteigen. Schon heute haben viele Unternehmen, aber auch Spitäler und Schulen grosse Mühe, genügend ausgebildete Arbeitskräfte zu finden. Diese Lücken werden noch deutlich grösser, wenn in wenigen Jahren die sogenannte «Babyboomer»-Generation ins Pensionsalter kommt. Denn heute leben in der Schweiz rund 50'000 mehr 50-jährige als 10-jährige Menschen. Ecopop beschleunigt diese problematische Entwicklung und sorgt für eine Vergreisung der Schweiz. Wenn der jährliche Wanderungssaldo auf rund

16'000 Menschen begrenzt wird, gerät das Gleichgewicht von Jung und Alt rasch aus der Balance. Heute profitiert die Schweiz stark von der Einwanderung von jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften. Die Initiative ist deshalb in keiner Weise wirtschaftsverträglich. Auch das Gewerbe und alle namhaften Parteien inklusive der SVP haben sich deutlich dagegen ausgesprochen. Ecopop gefährdet aber auch die Finanzierung unserer Sozialwerke. Gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen würde die AHV ohne Zuwanderung bereits seit 1992 durchgehend rote Zahlen schreiben. Unsere Altersvorsorge steht so oder so vor riesigen Herausforderungen. Nach einem Ja zur Initiative müssten Reformen aber viel einschneidender ausfallen und unter grossem Zeitdruck erfolgen.



**190 : 3**

Mit diesem Stimmenverhältnis hat der Nationalrat die Ecopop-Initiative zur Ablehnung empfohlen. Auch der Ständerat sagte mit 44 : 1 Stimmen klar NEIN.

## NEIN zu untauglichen Rezepten.

Die Ecopop-Initiative gibt vor, die natürlichen Ressourcen zu schützen. Doch verschlossene Grenzen sind kein brauchbares Mittel für weniger Energieverbrauch oder einen besseren Klimaschutz. Im Gegenteil: Die Schweiz macht sich damit so unattraktiv, dass Fortschritt und Innovationen, die auch der Umwelt zugute kommen, gestoppt werden.

Die Initianten betonen immer wieder, dass sie sowohl die Natur als auch den Wohlstand der Schweiz bewahren wollen. Ihr Rezept: Die Grenzen für Zuwanderer weitgehend schliessen, um unsere Ressourcen zu schonen, und gleichzeitig dafür sorgen, dass in anderen Ländern weniger Kinder zur Welt kommen. Denn aus Sicht von Ecopop ist die Erde dem Untergang geweiht, wenn immer mehr Menschen den hohen Schweizer Lebensstandard erreichen wollen. Eine solche Politik ist nicht nur unethisch, sondern auch kurzsichtig. Wenn sich die Schweiz so stark isoliert, wird sie als

Wirtschaftsstandort unattraktiv – nicht nur für neue Investoren, sondern auch für bereits hier angesiedelte Unternehmen. Wer nicht genügend Fachkräfte findet, der kann sich nicht entwickeln und fällt im internationalen Wettbewerb immer weiter zurück. Für die Schweiz, die seit Jahren als eines der innovativsten Länder der Welt gilt, ist diese Entwicklung besonders verheerend. Ideen für neue, bessere Produkte und Investitionen in moderne Anlagen kommen sehr oft direkt der Umwelt zugute. Beides wird mit der Initiative abgewürgt oder ins Ausland verschoben. Ecopop bietet aber auch kein taugliches Rezept gegen die «Zubetonierung» der Schweiz. In diesem Thema haben die Schweizerinnen und Schweizer die Weichen bereits gestellt: Mit dem neuen Raumplanungsgesetz, das die Kantone derzeit umsetzen, werden unnötige Einzonungen verhindert.

## Keine Chance für die Bilateralen Verträge.

Nach dem Ja der Schweiz zur Masseneinwanderungsinitiative muss der Bundesrat mit der EU über eine Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommens verhandeln. Er verfügt dabei über einen gewissen Spielraum, weil jene Initiative vergleichsweise offen formuliert war und explizit verlangt hat, dass sie wirtschaftsverträglich umgesetzt werden soll. Anders die radikale Ecopop: Diese Initiative ist derart starr,

dass es nichts mehr zu verhandeln gibt. Nach spätestens vier Jahren muss die Schweiz das Abkommen kündigen und verliert damit automatisch auch die anderen Bilateralen Verträge und ihren guten Zugang zum europäischen Absatzmarkt. Rund 60 Prozent aller Schweizer Exporte gehen heute nach Europa. Diese Erfolgsgeschichte setzt Ecopop fahrlässig aufs Spiel, indem sie die Tür zu Europa endgültig zuschlagen will.

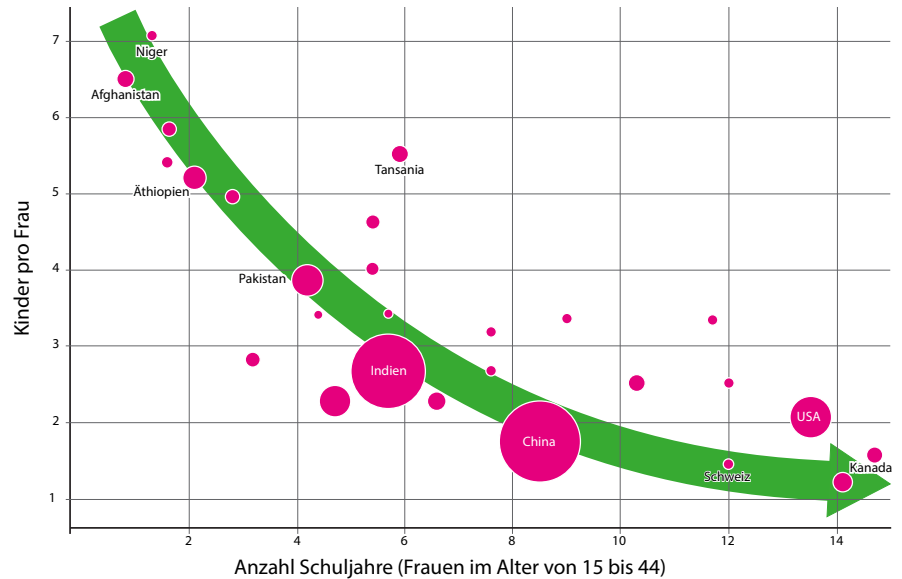
## Warum Ecopop der Umwelt mehr schadet als nützt.

Ecopop ist keine umweltfreundliche Initiative. Für die Umweltbelastung – insbesondere für den Klimaschutz – macht es keinerlei Unterschied, ob jemand in Deutschland, Dänemark oder der Schweiz wohnt. Die Schweiz zu isolieren, ist weder ein brauchbares Rezept zur Rettung des Planeten noch der Natur im Inland. Im Gegenteil: Weil die Ecopop-Initiative die Wohnbevölkerung begrenzen will, muss damit gerechnet werden, dass viele Unternehmen auf der Suche nach Arbeitskräften auf Grenzgänger ausweichen. Diese haben im Durchschnitt deutlich längere Arbeitswege und sorgen somit für mehr Verkehr und eine höhere Umweltbelastung.

# Je länger zur Schule, desto weniger Kinder.

Der weltweite Vergleich zeigt es überdeutlich: Je länger in einem Land junge Frauen durchschnittlich zur Schule gehen, desto tiefer ist die Geburtenrate. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit investiert heute in viele Bildungsprojekte in ärmeren Ländern. Ecopop hingegen verlangt eine unsinnige Neuausrichtung auf Verhütungsmittel.

(Quelle: Gapminder 2009)



## NEIN zu einer anmassenden Entwicklungspolitik.

Mit jährlich mehr als 200 Millionen Franken für Kondome und Aufklärungskurse soll die Schweiz dafür sorgen, dass Frauen in Entwicklungsländern weniger Kinder bekommen. Das ist absurd. Alle Erfahrungen und Daten zeigen, dass Investitionen in Gesundheit und Bildung entwicklungspolitisch sinnvoller sind. Aber diesen Projekten würde die Initiative viel Geld entziehen.

Die Weltbevölkerung wächst weiterhin – allerdings längst nicht mehr so stark wie noch in den 1970er-Jahren. Gemäss UNO wird sie sich in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts stabilisieren. Die Erfahrungen aus der Entwicklungszusammenarbeit machen deutlich, dass die Kinderzahlen überall dort rasch sinken, wo die Menschen eine wirtschaftliche Perspektive, eine bessere Ausbildung und soziale Sicherheit haben.

Ganz besonders gilt dies für junge Frauen: Weltweit zeigt sich, dass die Geburtenrate mit jedem zusätzlichen Schuljahr markant abnimmt. Sinnvolle und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit setzt deshalb genau hier einen Schwerpunkt. Verhütungsmittel sind heute weit verbreitet und auch in Ländern wie Indien an jeder Ecke erhältlich. Der Verzicht auf Empfängnisverhütung hat oft mit kulturellen

Zwängen, hoher Kindersterblichkeit und Armut zu tun. Kinder sind in vielen Ländern die einzige Altersvorsorge. Deshalb setzt Ecopop am falschen Punkt an und verpulvert unnötig Millionen: Wichtigen, langjährigen Projekten zum Aufbau von Schulen, Spitälern oder Trinkwasserversorgungen wird das Geld entzogen, um stattdessen Kondome zu verteilen. Eine solche Entwicklungspolitik, die auf veralteten Rezepten basiert, ist nicht nur kurzfristig, sondern auch anmassend. Wir würden umgekehrt auch nicht akzeptieren, wenn ein afrikanisches Land in seiner Verfassung festschreiben würde, wie sich die Kinderzahl in der Schweiz entwickeln soll.

## Fazit: Eine unverdauliche Mischung.

Die Ecopop-Initiative will die Zuwanderung in die Schweiz radikal bremsen und Geburten in Entwicklungsländern unterbinden. Das schadet unserem Wohlstand und bringt der Umwelt und den Menschen in Afrika und Asien rein gar nichts. Deshalb am 30. November: NEIN zu Ecopop!

NEIN zur Ecopop-Initiative sagen: Bundesrat, Ständerat, Nationalrat, Kantonsregierungen, Städteverband, FDP, glp, BDP, CVP, EVP, Grüne, SP, SVP, economiesuisse, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Schweizerischer Gewerbeverband, Swissmem, Gastrosuisse, hotellerie-suisse, Schweizerischer Baumeisterverband, Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Unia, Travail Suisse, Solidar Suisse, vpod, Gesellschaft für eine offene und moderne Schweiz (GomS), Greenpeace, Alliance Sud, Helvetas, Caritas, Swissaid, HEKS, Erklärung von Bern, Fastenopfer, Brot für alle, swisscleantech, Nebs, Second@s Plus und viele mehr.

[www.ecopopnein.ch](http://www.ecopopnein.ch)

